

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verbandschrift: Nachrichten Dresden.  
Verleger: Carl Neubauer, Dresden.  
Zur für Nachdruck: 20 011.

Bezugs-Gebühr: vom 1. bis 31. Januar 1926 bei täglich zweimaliger Zustellung drei Mark 1.50 Mark.  
Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet; die einpaltige 30 mm breite Zeile 30 Pfg., für auswärts 35 Pfg., Familienanzeigen und Gelegenheitsanzeigen ohne Rabatt 10 Pfg., außerhalb 20 Pfg., die 90 mm breite Reklameweile 150 Pfg., außerhalb 200 Pfg., Overtierblätter 10 Pfg. usw., Aufträge gegen Vorauszahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle  
Morgenstraße 38-42.  
Druck u. Verlag von Ullrich & Reichardt in Dresden.  
Postfach-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe „Dresdner Nachr.“ zulässig. Unerlaubter Nachdruck wird nicht aufbewahrt.

## Gegen den Ueberparlamentarismus!

### Fortsetzung der Verhandlungen Luthers. — Noch keine Aussicht auf eine Lösung.

### Die Sachverständigen-Gutachten und die ersten Plädoyers im Rotgardien-Prozess. — Der Kampf um eine englische Rüstungsverminderung.

#### Graf Westfals Grundlinien einer Verfassungsreform.

Berlin, 19. Jan. Auf der Reichsgründungsfeier des Kreisvereins I der Deutschnationalen Volkspartei in der Berliner Stadthalle hielt gestern Graf Westfal die Rede, in der er mitteilte, daß die Deutschnationalen sich entschlossen haben, mit einer Reihe von Anträgen auf die Reform der Verfassung hinzuwirken und damit eine Einschränkung der übertriebenen Befugnisse des Reichstages und eine Einschränkung der Wirksamkeit der Parteiherrschaft anzustreben.

Bei den Anträgen werde es sich handeln einmal um die Stärkung des Reichspräsidenten. Art. 54 der Verfassung müsse fallen, wonach der Reichskanzler bei jedem Misstrauensvotum einer Reichstagsmehrheit zurücktreten gezwungen sei. Verlangt wird ein Recht für den Reichspräsidenten, durch Entlassung bzw. Ernennung des Reichskanzlers eine Politik zu treiben, wie das ja auch in anderen Republiken, z. B. in Amerika, möglich ist. Es handelt sich weiter um eine Verstärkung der Stellung des Reichsrats und der der Länder. Im Reichsrat müsse Preußen den Vorrang erhalten.

Schließlich werden die Anträge sich auf eine Herabsetzung der Zahl der Reichstagsabgeordneten erstrecken. In der heutigen Notzeit könnte man es sich nicht leisten, daß 3000 Männer und Frauen in den Parlamenten des Reiches und der Länder Politik treiben und Diäten beziehen. Für den Reichstag käme am praktikabelsten dadurch zu einer Verminderung der Sitze, daß man das Wahlalter auf 24 oder 25 Jahre hinaufsetze. Zum Schluß sagte Graf Westfal die deutschnationalen Forderungen dahin zusammen: Nicht hinein in den Völkerverbund vor völliger Vereinigung des Art. 16 der Völkervereinbarung, vor einer Garantie der Entlassung der anderen, vor einer völligen Aufhebung der Rheinlandsbesetzung. Der Reichsrat schloß mit einem Freudenruf gegenüber dem Reichstage ab.

#### Reichsgründungsfeier im Berliner Dom.

Berlin, 18. Januar. In Gegenwart des Reichspräsidenten v. Hindenburg, von evangelischen Mitgliedern der Reichs-, Staats- und Kommunalbehörden, der Parlamente, des diplomatischen Korps, der Hochschulen usw. fand heute abend im Dom eine literarische Abendstunde zum Gedächtnis der Reichsgründung statt. Der Reichspräsident wurde beim

Verlassen des Domes von einer zahlreicheren Menschenmenge durch Hochrufe herzlich begrüßt. Bei seiner Abfahrt sang man entblöhntes Hauptes das Deutschlandlied. (W. T. B.)

#### Luthers weitere Verhandlungen.

Berlin, 19. Jan. Reichskanzler Dr. Luther empfing heute vormittag die Führer der Mittelparteien zu der gestern angelegten Besprechung. An den Besprechungen mit dem Reichskanzler nahmen teil von der Deutschen Volkspartei Dr. Scholz und Dr. Zapp, vom Zentrum Dr. Marx und Fehrenbach, von den Demokraten Haas und Erlesen, von der Bayerischen Volkspartei Dr. Leicht.

In der fortgesetzten Besprechung des Reichskanzlers mit den Parteiführern hat die Bayerische Volkspartei an ihrem Widerpruch gegen die Forderung des Innenministeriums mit dem Abgeordneten Koch festgehalten.

Der Vergleichsvorschlag, der von den drei verhandelnden Mittelparteien, den Demokraten unterbreitet worden ist, erstreckt sich auch darauf, daß das Innenministerium durch den demokratischen Abgeordneten Hilz und das Wirtschaftsministerium mit dem Abgeordneten Carlus (D. Vp.) besetzt werden soll. Von den beteiligten Fraktionen hat bereits das Zentrum und die deutsche Volkspartei den Vergleichsvorschlag ihrer Führer zugestimmt. Die Zustimmung der Bayerischen Volkspartei steht noch aus.

Die demokratische Fraktion trat alsbald zur Besetzung über den Vergleichsvorschlag zur Fraktionslösung zusammen, obgleich für diesen Vorschlag noch nicht offiziell übermitteln werden konnte, da, wie gesagt, die Bayerische Volkspartei erst in einer Fraktionslösung zu diesem Vorschlag Stellung nehmen will.

Die demokratische Reichstagsfraktion hat in ihrer Mittags-Sitzung beschlossen, an ihrem heute nicht gehaltenen Beschlus festzuhalten, jedoch sind die Verhandlungen damit noch nicht abgeschlossen zu betrachten. Es werden vielmehr im Laufe des Nachmittags weitere Besprechungen stattfinden.

Um 1/2 12 Uhr wurden sich Reichskanzler Dr. Luther zum Reichspräsidenten begeben, und im Anschluß daran werden gegen 6 Uhr sämtliche Führer der Mittelparteien vom Reichspräsidenten empfangen werden.

Nach 1/2 12 Uhr wurden die Verhandlungen mit dem Reichskanzler unterbrochen.

#### Römischer Brief.

(Von unserem römischen Korrespondenten.)

Rom, den 14. Januar. Die Königin Margherita ist tot! Welcher alle Dresdner erinnert sich nicht noch ihrer Mutter, der Herzogin von Genoa, wenn sie an der Seite ihres Bruders, König Alberts, im offenen Hofwagen hinaus nach Pilsnitz fuhr? Mit dieser schönen, klugen, wahrhaft königlichen Frau geht für uns Deutsche wieder ein Stück des alten Italiens dahin, das wir alle heimlich geliebt haben! Sie las mit Vorliebe deutsche Bücher, sprach mit deutschem Geiste gern und fließend deutsch und hielt sich im übrigen fern von aller Politik; aber das tut ja schließlich — aus wohlverstandenen Gründen — das ganze Haus Savoyen, und darum wird es vielleicht noch länger als andere Herrscherhäuser sich seinen Thron erhalten. Das Grabgeleite der Königin von Bordighera bis Rom und besonders der Zug in das alte ehrwürdige Vatikankloster, wo sie als erste Frau an der Seite ihres Gemahls beigesetzt wurde, hat, wie schon im Sommer der große Jubiläumstag zum Regierungsjubiläum des Königs, den sie hier „Re soldato“ nennen, gezeigt, daß die Idee des Königtums, unbekümmert, ob es durch eine besonders hervorragende Persönlichkeit vertreten wird, im italienischen Volke sehr lebendig ist; wenn man gewissen Gerüchten glauben darf, ist der bisährige schlanke Prinzipe gewillt, dieses Königtumsgefühl weiter zu vertiefen und nicht immer im Schatten eines anderen zu stehen! Aber wer will heute sagen, ob es ihm gelingen wird?

Dieser Andere spricht heute eine königliche Sprache: „Meine Befehle sind präzis!“ Es klingt uns sonderbar im Zeitalter der Kompromisskanzler und des Minister-suhandels; aber es ist die Sprache, die das Volk hier hören will, weil sie ihm neu ist wie das Wort „Disziplin“, das jetzt bis zum Ueberdruß gebraucht wird und dessen wir uns lieber etwas mehr erinnern sollten. — Geographie war nie des Italiens Stärke; so sollten wir es nicht zu traurig nehmen, wenn so ein Falschredenredator im jugendlichen Druge seines Hämmerherzens Dinge drückt, die er eigentlich nicht verantworten kann. So z. B. der „Impero“, der unter der schmalzigen Ueberchrift „Träume kranker Hirne“ auf Grund eines bereits vor drei Jahren erichenen Bundes eines französischen Professors das Geipen eines Wittelsbacherischen Alpenreichs unter französischer Regide an die Wand malt, das natürlich auch das „Alto Adige“ umfassen soll, und so des neuen Italiens „heilige Grenzen“ bedroht, aber auch — Preußen! Auf einmal definiert man sich also hier wieder, daß Königgrätz doch zu etwas gut war; es war lange vergessen.

Bekanntlich kann Italien den Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich „niemals erlauben“, d. h., man „erlaubt“ ebensowenig die Donautonsföderation, sondern man möchte das heutige unglückliche Österreich solange wie nur irgend möglich erhalten, und bedenkt nur, daß der so gelehrte Herr Malaja wegen gewisser Vorkommnisse gehen muß. Hier war er immer äußerst genehm, und wer weiß, ob er nicht noch einmal von Rom aus den braven Wienern aufgefahrt wird! Die italienische Presse bemüht sich redlich, ihren Vektoren zu verfluchen, dieses Österreich, das dem „edelmütigen Italien“ soviel verdankt, sei durchaus leben unfähig; die Experten des Völkerverbundes hätten es einwandfrei festgestellt. Man sieht, auch dazu ist das laubere Weiser Institut wieder einmal gut! Ob dabei ganze Industrien arbeitslos sind, danach fragt niemand; es ist schon ein Wunder, wenn der „Corriere d'Italia“, das römische Organ der mit dem Faschismus gehenden Nationalfaschisten, folgendes zu schreiben mag: „Wer das hohe kommissariat des Völkerverbundes in Wien tagaus tagein beobachtet konnte, muß zugeben, daß die Schuld auch bei Herrn Zimmerman liegt, wenn die Sanierung Österreichs sich verzögert hat; er verlor sich in Detailfragen, anstatt auf das Ganze zu achten. Nach der allgemeinen Ansicht hat er alles getan, um seinen ihm höchst angenehmen Wiener Aufenthalt in die Länge zu ziehen; sein wahrhaft fürstliches Gehalt, 3000 Lire (800 Mark) monatlich, fiel natürlich zu Lasten des Staates, den er — sanieren sollte!“

Die Kammer, oder vielmehr die tatsächliche Mehrheit, tritt fast Anfang Februar schon in diesen Tagen zusammen; die Vocarno-Debatte, oder vielmehr die Mandamentierungen der Faschisten und Kommunisten, die man schon vorher kennt, wird jedenfalls Russolini Gelegenheit geben, zu reden und das Volk zu verführen zu lassen. Das Volk in diesem Falle ist die neue Annäherung an England, geboren in Rapallo und getauft bei den bereits vorher in geheimen Verhandlungen zum gewünschten Ziel gefahrten Londoner Verhandlungen über die italienischen Kriegsschulden. In Paris und in Prag spielt man darauf höflich die Ohren, und in Rom schludt man mit Begaben die Liebesbetenerungen des „Pisaro“ und der — noch immer „deutsch“ geschriebenen „Prager Presse“; ersterer ist wohl die Reife des neuen tschechischen Wesandien Wafins in Rom nach Prag zu nehmen, der gefagt haben soll, er habe „viel wichtige Dinge zuhause zu besprechen!“

Voreilige deutsche Blätter haben die ersten Agentur-nachrichten über die neue italienische Kirchengesellschaftung gleich als „Das italienische Konfordat“ gefeiert. Nein! So weit sind wir noch lange nicht, und prompt kam

## Englischer Rüstungsabbau möglich?

### Das Gutachten des Nationalkomitees.

Die Admiralität verteidigt sich. London, 19. Januar. Das Nationalkomitee zur Prüfung von Maßnahmen zur Einschränkung der Ausgaben für die Rüstungen hat seinen Bericht abgefaßt. Das Komitee ist zu dem Schluß gekommen, daß die Rüstungsausgaben um mindestens 20 Millionen Pfund herabgesetzt werden könnten, und zwar bei der Marine um 10 Millionen Pfund Sterling, bei dem Landheer um 7 Millionen Pfund und bei der Luftwaffe um 3 Millionen Pfund. Man sieht einen schweren Konflikt zwischen dem Nationalrat und der Admiralität voraus, die auf dem Standpunkt steht, daß eine neue Herabsetzung der Marineausgaben mit der Ausführung des Flottenprogramms unvereinbar ist. Auch das Luftfahrtministerium erklärt, daß wenn sein Budget eingeschränkt werde, sämtliche Pläne auf Vertheilung der Hauptstützen gegen Luftangriffe hinfällig würden.

Der Erste Lord der Admiralität, Bridgeman, erklärte, die gegen die Regierung gerichtete Anschuldigung, sie begünne einen neuen Wettbewerb mit den anderen Nationen der Welt im Kriegsschiffbau, sei völlig ungerichtet. England sei das einzige Land, das Neubauten, obwohl es mehr als jedes andere von der See abhängig, bis zum letzten Augenblick verzögere. Die Vereinigten Staaten, Japan und Frankreich und Italien hätten nach dem Arme über 300 Kriegsschiffe, vom Kreuzer abwärts, gebaut, während die britischen Neubauten nur elf betragen hätten (W. T. B.)

#### Der Vertrag zwischen England und Irak.

Bagdad, 18. Jan. Das Unterhaus des Iraks billigte den neuen Vertrag mit England. Es stimmten 38 Mitglieder dafür, 10 Mitglieder der Nationalpartei verließen zum Protest gegen die Durchbrechung des Vertrags die Kammer vor der Abstimmung. (W. T. B.)

#### Die englisch-türkische Abkommen und die türkische Presse.

Belgrad, 19. Jan. Wie die Wäiter aus Konstantinopel melden, werden dort die Nachrichten über das Aufkommen eines Waffenabkommens zwischen England und Griechenland mit einem nicht zu verkennenden Ernst aufgenommen. An den maßgebenden Stellen wird die Nachricht für sehr wahrscheinlich gehalten. Man glaubt auch zu wissen,

daß ähnliche Verträge, wenn auch ohne Ergebnis, andern Balkanvölkern vorgelegt werden. Das englisch-türkische Waffenabkommen wird auch als ein Versuch zur Sicherung Salonitis gegenüber jugoslawischen Ansprüchen aufgefaßt. (Z. U.)

#### Briand und die Herabsetzung des Beakungsheeres.

Vor einer Erklärung in der Kammer. Paris, 19. Jan. Die „Journal“ berichtet, hat Vochastier v. d. S. bereits vor drei Tagen mit dem Generalsekretär im Auswärtigen Amt, Verthelot, über die Frage der Herabsetzung des Beakungsheeres in der zweiten und dritten Zone verhandelt. Der Kriegsminister und der Ministerpräsident Briand hätten dazu noch nicht Stellung nehmen können, da Briand zu sehr mit den Problemen der inneren Politik beschäftigt sei. — Nach dem „Avenir“ geht in parlamentarischen Kreisen das Gerücht, Ministerpräsident Briand werde demnächst eine Erklärung in dieser Angelegenheit in der Kammer abgeben. (W. T. B.)

#### Die Räumung der Stadt Köln am 29. Januar beendet.

Köln, 18. Jan. Die Mehrzahl der im englischen Hauptquartier zusammengefaßten Dienststellen verläßt Köln am 20. Januar. Der Dienst der verschiedenen Abteilungen des Hauptquartiers wird bis zum Abziehen der letzten Truppen noch durch kleine Ersatzstellen versehen, die aber auch am 20. ds. eingezogen werden, so daß mit diesem Tage die Räumung Kölns beendet sein dürfte. Wie der „Duisburger Generalanzeiger“ erfährt, soll mit der Räumung von Buderich (Kreis Moers) am 22. Januar d. J. begonnen werden.

#### Ein englisches Urteil.

London, 18. Jan. Der „Manchester Guardian“ führt in einem Leitartikel unter der Ueberschrift „Vocarno und Rheinland“ aus: Wenn die Haltung Deutschlands während und nach der Konferenz von Vocarno uns nicht veranlaßt, unsere Garnison zu vermindern, so berechtigt sie uns doch sicher nicht, sie zu vermehren. Wenn die Verhältnisse in unserer Arme und Anlag geben, mehr Unterlunftsäume zu verlangen, als die Franzosen, dann wäre es vernünftig, die Truppen zu vermindern, anstatt die Leiden einer friedlichen und sehr freundlichen Bevölkerung zu vermehren. (W. T. B.)